

**Anfrage Schnydrig Monika und Mit. über Aussagen zur stationären Notfallversorgung an LUKS-Standorten**

eröffnet am 11.05.2026

Ende April äusserte sich der Verwaltungsratspräsident der LUKS Gruppe, Martin Nufer, in einem Interview dahingehend, dass künftig nicht mehr an allen Standorten eine stationäre Notfallversorgung gewährleistet werden könne.

Diese Aussagen stehen in einem offensichtlichen Widerspruch zum Planungsbericht über die Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern 2024 (B 36) und zum geltenden Luzerner Spitalgesetz, welches vom Stimmvolk beschlossen wurde. Dieses sieht explizit eine umfassende stationäre Notfallversorgung an den Standorten vor, einschliesslich Leistungen der inneren Medizin, der allgemeinen Chirurgie, der Anästhesie und der Geburtshilfe.

Begründung: Das Luzerner Stimmvolk hat sich klar für eine dezentrale, umfassende stationäre Notfallversorgung ausgesprochen. Aussagen, welche diese Grundversorgung relativieren, werfen grundlegende Fragen zur Umsetzung des demokratisch legitimierten Gesetzes sowie zur Steuerung und Aufsicht der LUKS Gruppe auf.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die genannten Aussagen des Verwaltungsratspräsidenten Martin Nufer im Kontext mit dem Planungsbericht über die Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern 2024 und mit dem geltenden Spitalgesetz?
2. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass diese Aussagen im Widerspruch zum vom Volk beschlossenen Leistungsauftrag stehen?
3. Ist dem Regierungsrat bekannt, auf welcher Grundlage die LUKS-Führung solche Aussagen tätigt, die von den gesetzlichen Vorgaben und von der im Planungsbericht über die Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern 2024 ausgeführten Vision (B 36, Kap. 7.2) abweichen?
4. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um sicherzustellen, dass die gesetzlichen Bestimmungen zur stationären Notfallversorgung eingehalten werden?
5. Wie erklärt der Regierungsrat, dass der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung der LUKS Gruppe offenbar strategische Aussagen machen, die dem Volksentscheid und der im Planungsbericht aufgezeigten Vision der zukünftigen Gesundheitsversorgung widersprechen?
6. Was unternimmt der Regierungsrat in Bezug auf diese Aussagen im Rahmen seiner Aufsichtspflicht gegenüber der LUKS Gruppe?
7. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf, um die Governance-Strukturen oder die strategische Führung der LUKS Gruppe anzupassen?

*Schnydrig Monika*

Ursprung Jasmin, Marti André, Roos Guido, Schärli Stephan, Bossart Rolf, Lötscher Hugo, Wicki Martin, Lang Barbara, Zanolli Lisa, Kunz-Schwegler Isabelle, Bucher Mario, Frank Reto, Gerber Fritz, Ineichen Benno, Gfeller Thomas, Dahinden Stephan, Vogel Marlen, Schumacher Urs Christian, Stadelmann Fabian, Steiner Bernhard, Stadelmann Karin Andrea, Küng Roland, Räber Franz, Müller Guido, Wandeler Andy, Hodel Thomas Alois, Waldis Martin, Lingg Marcel, Meyer-Huwyl Sandra, Nussbaum Adrian, Meier Anja, Budmiger Marcel, Graber Eliane, Schneider Hella, Schneider-Schneider Gabriela, Jung Gerda